

Auftrag Derungs betreffend Verbesserung der Rahmenbedingungen für Deponien und Materialabbau

Stimato signora presidente del Gran Consiglio
Stimati membri del Governo / Stimato consigliere di stato
Stimate colleghe e stimati colleghi

Wie bei der Anfrage Derungs betreffend Hürden für Deponien und Materialabbau im Februar 2023, stammen die unterzeichnenden Parlamentsmitglieder des vorliegenden Auftrags wiederum aus unterschiedlichen Regionen unseres Kantons. Dies zeigt, dass dieses Thema weiterhin ein verbreitetes Anliegen anspricht.

Ich hatte in der Februarsession 2023 die Perspektive aus meiner Region bereits geschildert und ich verschone Sie daher mit der Wiederholung jener Ausführungen. Die Situation stellt sich aber immer noch unverändert dar, weshalb die Umsetzung dieses Auftrags zentral ist.

Schon damals hatte die Regierung dem Rat versichert, den Handlungsspielraum in Bezug auf die Umsetzung der bundesrechtlichen Vorgaben grösstmöglich auszunutzen und keine über das Bundesrecht hinausgehende Anforderungen zu stellen. Die Rückmeldungen aus der Praxis zeigen aber teilweise ein anderes Bild. Deshalb überraschen mich einige Antworten der Regierung auf diesen Auftrag. Mir wurden nämlich Beispiele zugetragen, wo der Handlungsspielraum für sogenannte «bewilligungsfähige Standorte» eben doch nicht so wie beschrieben ausgenutzt wird. Es ist mir bewusst, dass die anspruchsvolle Abwägung von Vorschriften sowie politischen, territorialen, gesellschaftlichen, ökologischen und wirtschaftlichen Ansprüchen eine grosse Herausforderung darstellt. Trotzdem dürfen wir hier, glaube ich, etwas mehr Pragmatismus an den Tag legen, und zwar mit dem Ziel, eine soweit möglich eigenständige und unabhängige Versorgung mit Rohstoffen und eine ökologisch sowie wirtschaftlich sinnvolle Bewirtschaftung der Deponien in den Regionen sicherzustellen. Dazu braucht es dezentrale Lösungen für Deponien und Materialabbau und damit verbunden die Sicherstellung und Bewilligung der entsprechenden Infrastruktur, die einfach und schnell zu erreichen ist.

Und noch eine kurze Bemerkung zur Ausführung, dass das Monopolrisiko verhindert werden kann, wenn die Annahmekonditionen bei der öffentlichen Hand bleiben. Die Realität zeigt ein anderes Bild, nämlich, dass die Preise gestiegen sind - und zwar deutlich. Ich kenne Fälle von Preisanstiegen im zweistelligen Prozentbereich. Diese Entwicklungen sind eine klare Folge der Zentralisierung von Regionaldeponien und damit der Vergabe exklusiver Konzessionen für ganze Regionen, ohne eine tatsächliche Kontrolle über die Preisentwicklung sicherstellen zu können.

Mein Kollege Gian Derungs hat bereits ausführlich zu den drei Antworten der Regierung Stellung genommen. Ich kann seine Ausführungen vollumfänglich unterstützen und bitte Sie, geschätzte Grossratskolleginnen und Grossratskollegen, den Auftrag ebenfalls im Original zu überweisen.

Ringrazio per la cortese attenzione.